



Michael Hanke, SPL-Stiftungsratspräsident, und Regierungschef Daniel Risch informierten über die heutige Ausgangslage, die Hintergründe und die Massnahmen zur betrieblichen Personalvorsorge des Staates. IKR

**KOSTEN BELAUFEN SICH AUF FAST 65 MILLIONEN FRANKEN**

## **Massnahmen Personalvorsorge**

Die Regierung schickte am Montag ihre Abänderung des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge des Staates in die Vernehmlassung. Ziel der vorgeschlagenen Massnahmen sei es, die in den vergangenen Jahren aufgetretenen negativen Folgen für die Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein (SPL) zu beseitigen und das Vorsorgewerk zukunftsgerichtet auszugestalten. Konkret schlägt die Regierung vor, eine geschlossene Rentnerkasse für Renten, die vor dem 30. Juni 2014 gesprochen wurden, zu schaffen. Dadurch sollen künftig keine unerwünschten Umverteilungen zwischen Aktivversicherten und diesen Rentenbeziehenden mehr erfolgen. Des Weiteren wird die Möglichkeit der Ausrichtung einer variablen Rente gesetzlich vorgesehen. Ausserdem sollen die Renten, die nach dem 30. Juni 2014 gesprochen wurden, ausfinanziert werden. Zudem wird vorgeschlagen, die bestehenden Darlehen in Eigenkapital umzuwandeln. Zu guter Letzt sollen die Sparbeiträge erhöht werden. Effektiv betragen die Gesamtkosten der Massnahmen 78,1 Millionen, wovon 64,8 Millionen auf das Land Liechtenstein entfallen. Auch wenn aus heutiger Sicht keine Sanierungsmassnahmen notwendig sind, erachtet die Regierung das Einleiten von Massnahmen zur zukunftsgerichteten Ausgestaltung der staatlichen Personalvorsorge als angebracht.